DEUTSCHER FRAUENRAT

Jahresbericht 2024/25

INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis 2
Grußwort von Dr. Beate von Miquel, Vorsitzende: Mutig, kritisch, laut – Frauen ins Zentrum der Politik! 3
Unsere Highlights 6
Gewalthilfegesetz verabschiedet: Ein Meilenstein für Frauenrechte 7
Die DF-Wahlkampagnen: #MehrStattWeniger 13
Matinee mit dem Bundespräsidenten und Elke Büdenbender: Internationaler Frauentag im Schloss Bellevue 19
2024/25 im Überblick 24
Fachausschüsse und Schwerpunktthemen 30
Fachausschuss Demokratie: Vernetzen, sichtbar bleiben, gemeinsam handeln! 31
Fachausschuss Gesundheit: Eine Aufgabe für alle Politikbereiche 35
Fachausschuss Gewalt: Kein individuelles Problem 39
Zahlen & Fakten 43
Verbandsentwicklung 44
Bericht aus dem Vorstand: Ehrenamtliche Expertinnen im Einsatz 45
Bericht aus der Geschäftsstelle: Neuer Aufbruch 49

GRUSSWORT VON DR. BEATE VON MIQUEL, VORSITZENDE

Mutig, kritisch, laut – Frauen ins Zentrum der Politik!

Dr. Beate von Miquel, Vorsitzende des Deutschen Frauenrats (© Damian Gorczany)

Liebe Leser*innen,

es ist höchste Zeit, uns vorzubereiten.

In den USA können wir aktuell beobachten, wie sich Szene für Szene ein autoritäres Drehbuch entwickelt. Die Zerstörung von gleichstellungspolitischem Fortschritt, von Vielfalt und von selbstbestimmten Frauenleben ist dabei ein zentrales Motiv. Mit zahlreichen Dekreten hat die Regierung Trump in Behörden, Universitäten, aber auch privaten Unternehmen und Organisationen einen Feldzug gegen Diversität, Gleichstellung und Inklusion angetreten. Einzelne Minderheiten, insbesondere trans Personen und Migrant*innen, erleben gerade, wie ihre Grundrechte ausgehebelt werden.

Deutschland ist nicht die USA. Doch auch in Deutschland spüren Frauen und Minderheiten in Unternehmen oder Institutionen die Auswirkungen bereits – mittelbar wie unmittelbar. **Umfragen zeigen besorgniserregenden Zuwachs für antidemokratische und gleichstellungsfeindliche Kräfte.** Gefüttert mit gut finanzierten internationalen Kampagnen und Narrativen wach-

sen auch bei uns auf einem Nährboden aus Abstiegsängsten und Unzufriedenheit brandgefährliche Ressentiments.

Wir müssen uns also vorbereiten: aktiv werden oder aktiv bleiben, uns gegenseitig stärken und uns unsere gesellschaftliche Wirkmacht bewusst machen. Gerade deshalb erfüllt es mich mit großer Freude, Ihnen unseren Jahresbericht vorzustellen. Denn einmal mehr hat der Deutsche Frauenrat (DF) bewiesen, dass wir als frauen- und gleichstellungspolitische Zivilgesellschaft, Politik und Gesellschaft aktiv und wirkmächtig mitgestalten. So ist es uns gelungen, im Wahlkampf und im Koalitionsvertrag zentrale frauenpolitische Forderungen zu verankern. Damit bringen wir Themen, die mehr als die Hälfte der Gesellschaft betreffen, heute und in den nächsten vier Jahren aufs politische Tableau. DF-Forderungen, die sich die Koalition zu eigen gemacht hat – wie Vorhaben zur Vereinbarkeit von Sorge- und Erwerbsarbeit, zur Förderung der Frauengesundheit, zum Schutz vor Gewalt oder zur Unterstützung der Zivilgesellschaft – stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und dass das Kabinett am Ende fast paritätisch besetzt wurde, ist auch starken Frauenstimmen innerhalb und außerhalb des Parlaments zu verdanken und wird die kommende Legislatur prägen.

Das Jahr im Deutschen Frauenrat

Unser Berichtsjahr von April 2024 bis März 2025 war geprägt durch das **Ende der Ampelkoalition**, den **Wahlkämpfen zum EU-Parlament und Bundestag** und dem weiteren **Erstarken des Rechtspopulismus**. Das forderte uns heraus. Gleichzeitig konnten wir zeigen, dass wir auch in turbulenten Zeiten sehr gut aufgestellt sind. Ein eigener **Fachausschuss** befasst sich seit Herbst 2024 mit den Angriffen auf Demokratie aus frauenpolitischer Perspektive. Mit **Judith Rahner** übernahm zudem eine ausgewiesene Expertin für Strategien gegen Antifeminismus die Leitung unserer Geschäftsstelle. Unter anderem bei der **UN-Frauenrechtskommission in New York** vertrat sie den DF erfolgreich und begab sich auch international auf die Suche nach vielversprechenden Maßnahmen zur Verteidigung von Demokratie und Gleichstellung. Gemeinsam mit dem Vorstand und den Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle bildet sie ein agiles Team, das den Verband sicher und vorausschauend durch unruhige Zeiten führt.

Dass der DF ein Ort ist, an dem gemeinsam Lösungen verhandelt und Impulse auch für schwierige gesellschaftliche Debatten gesetzt werden, bewies im vergangenen Jahr die Diskussion um die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs. Der mehrstufige verbandsinterne Prozess, der schließlich zu einem **historischen Beschluss zur Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs** führte, ist auch ein Beispiel dafür, dass in strittigen Fragen eine von gegenseitiger Achtung und Wertschätzung für unterschiedliche Positionen getragene Debatte zur Stärkung einer Organisation beitragen kann. Dies ermöglichte auch eine aktive Begleitung an parlamentarischen und öffentlichen Diskussionen zur Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, die schließlich eine Intensität erreichten, wie sie die Bundesrepublik seit Jahrzehnten nicht gesehen hatte.

Ein zweites frauenpolitisches Kernanliegen führten wir wider aller Erwartungen zum lang ersehnten Erfolg. Und das, obwohl es zwischenzeitlich überhaupt nicht erfolgsversprechend aussah. Wir erinnern uns: Der Entwurf für das **Gewalthilfegesetz** wurde am 6.11.2024 vorgestellt. Nur wenige Stunden später platzte die Koalition. Das Gewalthilfegesetz galt damit als politisch

tot – bis der Frauenrat mit starken Partner*innen und einer kreativen Kampagne den Gesetzgebungsprozess wieder ins Rollen brachte. Im allerletzten Moment vor den Neuwahlen hoben Regierung und Opposition das Gewalthilfegesetz mithilfe einer überfraktionellen und wegweisenden Einigung, für die der DF seit dem Sommer 2024 so kraftvoll geworben hatte, über die Ziellinie.

Mitgliederversammlung im Juni

Mit diesen Erfolgen im Rücken starten wir in die neue Legislaturperiode und nehmen uns gleich zu Beginn die großen Fragen der Transformation vor. Bei der **DF-Fachveranstaltung „Gleichstellung in Zeiten des Wandels – mit Frauen die Zukunft gestalten“** befassen wir uns damit, was es braucht, um angesichts des digitalen und klimabedingten Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft Geschlechtergerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Ich freue mich, Sie und Euch auf der **Fachveranstaltung** und der **Mitgliederversammlung** zu sehen! Bis dahin wünsche ich Ihnen und Euch viel Freude beim Lesen unseres digitalen Jahresberichts und mit den vielfältigen Themen des Deutschen Frauenrats, seiner Fachausschussarbeit und dem breiten ehrenamtlichen Engagement, das sich hinter all dem verbirgt.

Lassen wir uns von diesem Engagement und unseren Erfolgen inspirieren und beflügeln. Gerade in krisenhaften Zeiten kann die Gesellschaft nicht auf Frauen, ihre Kreativität und Innovationskraft verzichten. Und gerade in krisenhaften Zeiten werden wir, als Frauen in all unserer Vielfalt, nicht auf unsere Rechte verzichten, sondern den Wandel als Chance nutzen.

Es bleiben uns vier Jahre, um den koordinierten frauenpolitischen Rückschritt in Deutschland zu verhindern. Nutzen wir sie!

Dr. Beate von Miquel
Vorsitzende des Deutschen Frauenrats

Dieser Jahresbericht umfasst den Zeitraum 1. April 2024 - 31. März 2025

UNSERE HIGHLIGHTS

GEWALTHILFEGESETZ VERABSCHIEDET

Ein Meilenstein für Frauenrechte

In den turbulenten Wochen zwischen Koalitionsbruch und Neuwahlen wird frauenpolitische Geschichte geschrieben: Trotz politischer Unwägbarkeiten bringen Bundestag und Bundesrat das Gewalthilfegesetz auf den Weg. Dass Gewaltbetroffene künftig deutlich leichter Hilfe finden können, ist in weiten Teilen auch ein Verdienst der erfolgreichen Kampagne des Deutschen Frauenrats (DF) und seiner Verbündeten.

Übergabe Brandbrief „Stoppt Gewalt gegen Frauen – JETZT!" an Bundesfrauenministerin Lisa Paus (© Innn.it)

Partnerschaftsgewalt ist ein ungebrochenes Problem in Deutschland. **Fast jeden zweiten Tag tötet ein Mann seine (Ex)Partnerin.** Obwohl die Zahlen seit Jahren steigen, fehlen tausende Plätze in Deutschlands Frauenhäusern. Beratungsstellen sind chronisch überlastet. Die Wartezeiten für einen Platz im Frauenhaus oder einen Termin für eine Beratung nach einer Vergewaltigung sind unerträglich lang.

In Kanzleramt und Bundesministerien ist das Ausmaß geschlechtsspezifischer Gewalt bekannt. Im Koalitionsvertrag hatte die Ampelregierung deshalb eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung angekündigt, die das Unterstützungssystem für von Gewalt betroffene Frauen absichern sollte. Doch auch knapp drei Jahre nach Unterzeichnung des Koalitionsvertrags hatte es das Gewalthilfegesetz nicht aus den Schubladen des Bundesfrauenministeriums geschafft.

Ein Brandbrief mit Wirkung

Um die Bundesregierung an ihr Versprechen zu erinnern, setzte der DF gemeinsam mit **UN Women** und der Kampagnenorganisation **innn.it** einen Brandbrief auf. Innerhalb kurzer Zeit sammelte der Brandbrief rund **80.000 Unterschriften**. Auch zahlreiche Prominente wie die ehemalige Profiboxerin **Regina Halmich**, die Schauspieler*innen **Natalia Wörner**, **Ursula Karven**, **Hannes Jaenicke**, die Moderatorin **Ruth Moschner** oder die Managerin **Sigrid Nikutta** stellten sich hinter die Forderung: **Gewalthilfegesetz jetzt!**

Der Brandbrief markierte den Startschuss für die erfolgreiche gleichnamige Kampagne des DF. Doch dann zerbrach das Ampelbündnis. Den politischen Unwägbarkeiten zum Trotz entschloss sich der DF am internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen den Brandbrief an Bundesfrauenministerin **Lisa Paus** zu übergeben. Der DF und zahlreiche Unterstützer*innen versammelten sich unter großem medialem Interesse vor dem Bundestag. Der Ministerin und den anwesenden Abgeordneten machten sie unmissverständlich klar, dass die Gesellschaft nicht länger bereit ist, das hohe Ausmaß an Gewalt gegen Frauen zu akzeptieren. Die Politik war aufgefordert, trotz Neuwahlen und Wahlkampf eine Mehrheit für das wegweisende Gesetz zu organisieren.

Auszüge aus der Social-Media-Kampagne: „Gewaltschutz für alle Frauen - JETZT!"

Gewalthilfegesetz trotz Ampel-Aus

Unter der Minderheitsregierung drohte das Gesetz mehrfach zu scheitern. Der DF und seine Verbündeten erinnerten mit verschiedenen Mobilisierungsaktionen in den Sozialen Medien und einer erneuten Unterschriftenübergabe an die CDU-Vizevorsitzende **Silvia Breher** an die bestehenden politischen Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien. Dabei gelang es im breiten Bündnis aus frauenpolitischen Organisationen, Medien und Kultur den Druck auf Ministerien, Bundestag, Bundesrat und Landesministerien aufrecht zu halten und an die Verantwortung für den Schutz Gewaltbetroffener zu appellieren.

Das rege mediale Interesse am Thema Gewalt gegen Frauen nutzte der DF bestmöglich für seine Forderung nach einem inklusiven Gewalthilfegesetz durch die kompetenten Auftritte von Gewaltschutzexpertin und DF-Vorstandsmitglied **Sylvia Haller** in zahlreichen Zeitungen, Fernsehinterviews und Podcasts.

Sylvia Haller zu Gast im Podcast G Spot von Stefanie Giesinger

Pressekonferenz mit Sylvia Haller (DF), Dilken Çelebi (djb), Judith Rahner (DF) und Rechtsanwältin Christina Clemm (© DF)

RTL-Interview zum Gewalthilfegesetz mit Sylvia Haller

Gewaltschutz wird zur Pflicht

Die Frauenbewegungen kämpfen seit Jahrzehnten dafür, dass Gewaltbetroffene geschützt und unterstützt werden. **Als der Bundesrat am 14. Februar 2025 das Gewalthilfegesetz verabschiedet, ist das ein historischer Tag**. Der gemeinsame Kraftakt der frauenpolitischen Zivilgesellschaft hat sich gelohnt: Das Gewalthilfegesetz kommt und wird Leben retten. Gewaltschutz ist nicht länger eine freiwillige Leistung, sondern wird zur Pflicht.

Das Gesetz sieht einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder vor, der ab 2032 einklagbar sein wird. Ab 2027 sind die Länder verpflichtet, ein Netz an ausreichenden, niedrigschwelligen, fachlichen sowie bedarfsgerechten Schutz- und Beratungsangeboten in angemessener geografischer Verteilung sicherzustellen. Dafür werden die Länder zunächst den Bedarf erheben und dann das Angebot deutlich ausbauen. Der Bund beteiligt sich erstmals an der Finanzierung. Auch die wichtige Präventionsarbeit in Frauenhäusern und Beratungsstellen soll dieses Gesetz verstärken. **Kritisch bewertet der DF, dass das Gesetz nicht alle Betroffenen – wie geflüchtete Frauen sowie trans, nicht-binäre und inter Personen – vor geschlechtsspezifischer Gewalt schützt.**

Dass sich die Politik ihrer Verantwortung für den Gewaltschutz gestellt hat, ist vor allem Verdienst der Expertise und dem unermüdlichen Einsatz der frauenpolitischen Zivilgesellschaft. Die **Erfolgsgeschichte des Gewalthilfegesetzes** ist ein Lehrstück dafür, was möglich wird, wenn Frauen und ihre Verbündeten in Parteien, Medien, Kultur und Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen.

Mit dem Ziel, einen intersektionalen Gewaltschutz für alle Menschen zu erwirken, wird sich der Deutsche Frauenrat im nächsten Schritt dafür einsetzen, bestehende Schutzlücken im Gesetz abzubauen.

#MehrStattWeniger

Durch das Erstarken extrem rechter Kräfte stehen Demokratie und Frauenrechte weltweit unter Druck. Die Europa-Wahl im Juni 2024 und die vorgezogene Bundestagswahl im Februar 2025 hießen deshalb für den Deutschen Frauenrat (DF): Einmischen, aufklären und zur Wahl demokratischer Parteien aufrufen.

Mehr als 80 Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs und 35 Jahre nach dem Mauerfall droht sich die Geschichte ausgerechnet in Deutschland zu wiederholen: Hohe Zustimmungswerte für die in Teilen rechtsextreme AfD waren für den DF Anlass, in seiner Begleitkampagne vor negativen Folgen für Frauenrechte durch einen möglichen Rechtsruck in EU-Parlament und Bundestag zu warnen.Ob die EU Fortschrittsmotor für eine freiheitliche Demokratie, die Frauenrechte achtet und ausbaut, bleiben kann, wird schlussendlich an den Wahlurnen entschieden.

DF-Kampagne zur Bundestagswahl 2025 auf Social Media

Die EU-Kampagne: Wer wählt, zählt.

Unter dem Motto „Wer wählt, zählt!“ rief der DF im Frühjahr 2024 deshalb dazu auf, bei der Europawahl für demokratische Parteien, die Frauenrechte schützen und stärken wollen, zu stimmen. Die Kampagne warnte eindringlich vor einem möglichen Rechtsruck im EU-Parlament und betonte die Bedeutung der Wahl für die Zukunft der europäischen Gleichstellungspolitik.

Ein bewährtes Element der Kampagne war der EU-Wahl-Check, der die gleichstellungspolitischen Ziele in den EU-Wahlprogrammen der im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien analysierte und mit den Forderungen des DF abglich. Um eine informierte Wahlentscheidung zu erleichtern, stellte der DF den Wahl-Check auf seiner Webseite und in den Sozialen Medien bereits zum wiederholten Male zur Verfügung.

DF-Kampagne zur EU-Wahl auf Social Media

In seiner Kampagne setzte der DF vermehrt auf Video-Formate, wie animierte Claims und sogenannte Life Hacks mit praktischen Tipps für eine demokratische Wahlentscheidung. Die Zusammenarbeit mit der Autorin und Politik-Influencerin **Sally Lisa Starken** erzielte große Reichweiten. Dem DF gelang es, mit der Kampagne neue Follower zu gewinnen und seine Forderungen in die breite Öffentlichkeit zu tragen. Auch die DF-Mitgliedsorganisationen unterstützen bei der Verbreitung der Inhalte durch Teilen und Liken.

Den analogen Höhepunkt im Europawahlkampf bildete die Kooperationsveranstaltung mit Bundesstiftung Gleichstellung, Juristinnenbund (djb) und Europäische Bewegung Deutschland (EBD) am 16. Mai 2024 in der Bundesstiftung. Über den Stand und die Zukunft der EU-Gleichstellungspolitik diskutierten Spitzenkandidat*innen verschiedener Parteien gemeinsam mit Vertreterinnen des DF, der EBD und des djb.

Die Kooperationsveranstaltung zur Europawahl

Es diskutierten Dr. Katarina Barley (MdEP, EU-Spitzenkandidatin SPD, Dr. Hannah Neumann (MdEP, EU-Kandidatin Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Aldona Niemczyk (MdA, CDU Berlin), Ines Schwerdtner (EU-Kandidatin DIE LINKE) und Dr. Anastasia Vishnevskaya-Mann (EU-Kandidatin FDP) mit Dr. Linn Selle (Präsidentin Europäische Bewegung Deutschland e. V.), Dr. Beate von Miquel (Vorsitzende Deutscher Frauenrat e. V.) und Sabine Overkämping (Mitglied Kommission Europa- und Völkerrecht, Deutscher Juristinnenbund e. V.) (© H. Scherm)

Gruppenfoto mit Josephine Ortleb (MdB, SPD-Bundestagsfraktion), Aldona Niemczyk (MdA, CDU Berlin), Ines Schwerdtner (EU-Kandidatin DIE LINKE) Dr. Hannah Neumann (MdEP, EU-Kandidatin Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Dr. Anastasia Vishnevskaya-Mann (EU-Kandidatin FDP), Judith Rahner (Deutscher Frauenrat), Lisi Maier (Bundesstiftung Gleichstellung, Dr. Beate von Miquel (Deutscher Frauenrat), Dr. Linn Selle (Europäische Bewegung Deutschland e. V.), Sabine Overkämping (Deutscher Juristinnenbund), Helene Banner (Moderatorin)

Dr. Beate von Miquel vertrat den DF auf dem Podium (© H. Scherm)

Eva Gerhards, stellvertretende Kabinettschefin im Kabinett Equality der Europäischen Kommission, ging in einem digitalen Interview mit Helene Banner, der Moderatorin des Abends, auf Meilensteine und Hürden der europäischen Gleichstellungspolitik ein. (© H. Scherm)

Rechtsruck nicht abgewendet

Trotz erfolgreicher Kampagne war der Wahlausgang der Europa-Wahlen am 9. Juni 2024 ernüchternd. Nach der Wahl rief der DF die demokratischen Kräfte im EU-Parlament auf, enger zusammenzuarbeiten, Blockaden der extrem rechten Parteien abzuwenden und sich EU-weit gemeinsam für Frauenrechte und die Rechte von marginalisierten und gefährdeten Gruppen einzusetzen.

Wähl‘ Frauenrechte

Der EU-Wahlausgang setzte den Ton für die Begleitkampagne zur vorgezogenen Bundestagswahl. Die Folgen der Rezession und eine weitere Haushaltskrise hatten das Ampelbündnis zerrüttet. Neuwahlen wurden schließlich für den 23. Februar angekündigt. Und während der DF noch engagiert für das Gewalthilfegesetz und eine Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs lobbyierte, startete er mit der provokanten Frage „Frauenrechte: Kannste dir sparen?“ in seine Kampagne zur Bundestagswahl.

Entlang dieser Frage legte der DF in den sieben Woche bis zur Wahl offen, dass Gleichstellungspolitik ein zentraler Schlüssel ist, um die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen in Deutschland nachhaltig zu lösen. Er führte darin mal humorvoll, mal provokant vor Augen: Gleichstellungspolitik und Frauenrechte sind kein nice-to-have, es braucht eine engagierte gleichstellungspolitische Agenda für die kommende Legislaturperiode, damit Frauen nicht noch weiter ins Hintertreffen geraten.

Wie schon zur Europawahl stellte der DF Wahlforderungen auf und wertete abermals ausführlich die Wahlprogramme der demokratischen, im Bundestag vertretenen Parteien auf ihren frauenpolitischen Gehalt aus. Den Wahlcheck zur Erleichterung am Wahltag bereitete er auch

für die Sozialen Medien auf. Der DF war einer von 30 Verbänden bundesweit, denen im Wahlkampf gestattet wurde, Wahlprüfsteine von den Parteien anzufordern. Die Antworten veröffentlichte die starke Stimme für Frauen gemeinsam mit der Auswertung der Wahlprogramme auf der Homepage.

In den sieben Wochen bis zur Wahl am 23. Februar wurde die Kampagne vorwiegend über die Social-Media-Kanäle des DF verbreitet. Für mehr Reichweite kollaborierte der DF themenbezogen mit der Managerin **Janina Kugel** und der Autorin **Hami Nguyen**. Für das Abschlussvideo zur Kampagne – eine positive Vision einer gleichgestellten Zukunft – engagierte der DF die Künstlerin und Influencerin **Kim Hoss**. Erstmals war der DF auch auf TikTok aktiv, um insbesondere jüngere Zielgruppen zu erreichen.

Social-Media-Kampagne zur Bundestagswahl

Reel mit Janina Kugel

Reel mit Hami Nguyen

Reel mit Kim Hoss

DF kann Mobilisierung

Sowohl zur Europawahl als auch zur Bundestagswahl setzte der DF auf klare Botschaften, digitale Mobilisierung und vermehrt auf die Zusammenarbeit mit Influencer*innen und Prominenten, die die Anliegen des DF teilen. Das brachte dem DF großе Reichweiten und neue Follower*innen in den Sozialen Medien. Dies unterstreicht die Bedeutung von Social-Media-Kampagnen für die politische Arbeit des DF und zeigt, dass der Kampf um mehr Gleichstellung auch immer öfter digital ausgefochten wird.

AfD stark wie nie

Das Ergebnis der Bundestagswahl fordert die Demokratie und Frauenrechte in Deutschland heraus. Die AfD als zweitstärkste Kraft und ein erneut gesunkener Frauenanteil im Bundestag markieren den Start in eine herausfordernde Legislatur. Der DF appelliert an die künftigen Koalitionspartner und die Abgeordneten des neu gewählten Bundestags, Frauen- und Menschenrechte zu sichern und die Demokratie zu verteidigen. Die Zivilgesellschaft rief der DF auf, enger zusammenzuarbeiten. 80 Prozent haben nicht die extreme Rechte gewählt. Und deshalb heißt es jetzt: Zusammenrücken.

MATINEE MIT DEM BUNDESPRÄSIDENTEN UND ELKE BÜDENBENDER

Internationaler Frauentag im Schloss Bellevue

Anlässlich des Internationalen Frauentags hieß Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 7. März 2025 den Deutschen Frauenrat (DF) sowie ausgewählte Vertreter*innen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft im Schloss Bellevue willkommen. Bereits zum zweiten Mal wurde dem DF als starke Stimme für Frauen in Deutschland die besondere Ehre zuteil, in Bellevue empfangen zu werden.

Die Veranstaltung stand unter dem Zeichen wachsender demokratischer Herausforderungen und der Notwendigkeit eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses für Gleichstellung und Frauenrechte.

© H. Scherm

Zusammenrücken für Gleichstellung und Demokratie

In seiner Eröffnungsansprache würdigte **Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier** die Bedeutung frauenpolitischer Bündnisse und stellte bereits errungene Erfolge der deutschen Gleichstellungspolitik heraus. Gleichzeitig mahnte er, dass insbesondere 2025 vor dem Hintergrund erstarkender Frauenfeindlichkeit noch ein weiter Weg zu gehen sei. Mit Besorgnis verwies er auf aktuelle Entwicklungen: „Wir erleben, wie auch bei uns die Frauenfeindlichkeit steigt, besonders im Netz." In aller Deutlichkeit stellte der Bundespräsident fest:

« Wenn unsere Demokratie ein Frauenproblem hat, dann hat unser Land ein Demokratieproblem. »

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei der Eröffnungsansprache (© H. Scherm)

Diese Einschätzung fand deutlichen Widerhall in der Ansprache von **Dr. Beate von Miquel**, Vorsitzende Deutscher Frauenrat: „Fehlen Frauen, fehlen ihre Perspektiven. Verlieren die Frauen, verliert die Demokratie." Mit scharfem Blick auf die internationale Situation warnte sie vor den Gefahren frauenfreier Machtzirkel: „Putin, Trump, Milei, Musk. Autokraten in unheilvoller Allianz mit Big Tech. Gemeinsam legen sie die Axt an demokratische und frauenpolitische Errungenschaften – oder greifen martialisch zur Kettensäge." In ihrem eindringlichen Appell für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt forderte Beate von Miquel:

« Wir müssen zusammenrücken – im Parlament und in der Gesellschaft, beherzt und solidarisch, am Frauentag und auch an jedem anderen Tag des Jahres für ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander. »

DF-Vorsitzende Dr. Beate von Miquel

DF-Vorsitzende Dr. Beate von Miquel begrüßt das Publikum (© H. Scherm)

Gewalthilfegesetz als gemeinsamer Erfolg

Den Blick in die Zukunft und auf die Herausforderungen gerichtet, die auf die kommende Bundesregierung zukommen, appellierte Dr. Beate von Miquel: „Was ein breites Bündnis aus Enga-

gierten Gutes bewirken kann, zeigt sich eindrücklich am jüngst verabschiedeten Gewalthilfegesetz. Dieser Meilenstein für den Gewaltschutz in Deutschland konnte nur erreicht werden, weil wir gemeinsam an einem Strang gezogen haben: In den Verbänden, in den Medien, in der Politik – über Parteigrenzen hinweg." Dieser Erfolg, so von Miquel, zeige auf, was gleichstellungspolitisch errungen werden kann, wenn Frauen sich pluralistisch, parteipolitisch übergreifend sowie weltanschaulich und religiös ungebunden organisieren und müsse in der kommenden Legislatur als Richtschnur dienen.

Frauen stärken – für gleiche Chancen und Rechte

Nach der Begrüßung durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und die Vorsitzende des Deutschen Frauenrats, Dr. Beate von Miquel, folgte eine lebhafte Paneldiskussion. Im Zentrum stand die Frage, wie echte Gleichstellung gelingen kann. Diskutiert wurde, wie unterschiedliche Perspektiven und Lebensrealitäten den Weg zur Gleichstellung prägen können, welche Rolle Frauennetzwerke dabei spielen und an welchen Stellen besonderer Handlungsbedarf besteht, um das Ziel der Gleichstellung zu erreichen.Teilnehmerinnen waren **Elke Büdenbender**, Richterin am Verwaltungsgericht Berlin und Mitgastgeberin der Veranstaltung, **Petra Bentkämper**, Deutscher LandFrauenverband, **Daniela Hottenbacher**, Bund der Deutschen Katholischen Jugend, **Heide Pfarr**, Deutscher Juristinnenbund und **Ceyda Tutan**, Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland.

Eingerahmt wurde die Matinee im Schloss Bellevue durch die souveräne Moderation von **Andrea Blome** und die inspirierenden kulturellen Beiträge der Autorin **Julia Korbik** und der Musikerin **Katharina Franck**.

Eindrücke

© H. Scherm

© H. Scherm

© H. Scherm

© H. Scherm

© H. Scherm

2024/25 im Überblick

08.05.2024

VERANSTALTUNG

Women7-Gipfel in Rom

Mehr erfahren:

16.05.2024

VERANSTALTUNG

Geschlechtergerechtes Europa

Mehr erfahren:

25.05.2024

VERANSTALTUNG

Demokratiefest 75 Jahre Grundgesetz

Mehr erfahren:

20.06.2024

VERÖFFENTLICHUNG

Feministische Wirtschaftspolitik

Mehr erfahren:

21.06.2024

VERANSTALTUNG

Geschlechtergerechte Verteilungspolitik

Mehr erfahren:

22.06.2024

VERANSTALTUNG

Mitgliederversammlung

Mehr erfahren:

30.09.2024

VERANSTALTUNG

W20-Gipfel in Brasilien

Mehr erfahren:

07.10.2024

VERANSTALTUNG

45 Jahre Frauenrechtskonvention CEDAW

Mehr erfahren:

09.10.2024

ÜBERGABE

Manifest Parität Jetzt!

Mehr erfahren:

17.10.2024

VERÖFFENTLICHUNG

Gesetzentwurf zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs

Mehr erfahren:

21.10.2024

VERANSTALTUNG

30 Jahre Pekinger Aktionsplattform

Mehr erfahren:

08.11.2024

VERANSTALTUNG

Überfraktioneller Austausch Schwangerschaftsabbruch

Mehr erfahren:

25.11.2024

ÜBERGABE

Petition Gewalthilfegesetz jetzt! an Frauenministerin Lisa Paus

Mehr erfahren:

23.01.2025

ÜBERGABE

Petition Gewalthilfegesetz jetzt! an CDU-Vizeparteivorsitzende Silvia Breher

Mehr erfahren:

10.02.2025

ANHÖRUNG

Legalisierung Schwangerschaftsabbruch

Mehr erfahren:

14.02.2025

ERFOLG

Verabschiedung Gewalthilfegesetz

Mehr erfahren:

07.03.2025

VERANSTALTUNG

Frauentagsempfang auf Schloss Bellevue

Mehr erfahren:

10.03.2025

VERANSTALTUNG

FRK Side Event: Feminism for the Win

Mehr erfahren:

27.03.2025

VERANSTALTUNG

Parlamentarisches Frühstück

Mehr erfahren:

FACHAUSSCHÜSSE UND SCHWERPUNKTTHEMEN

FACHAUSSCHUSS DEMOKRATIE

Vernetzen, sichtbar bleiben, gemeinsam handeln!

2024 hat die Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrats (DF) das Thema *Demokratie verteidigen. Antifeminismus konsequent entgegentreten. Demokratische Wahlentscheidungen unterstützen.* zum neuen Schwerpunkt gewählt. Celeste Eden leitet den Fachausschuss und berichtet über dessen Arbeit:

© Josh Barwick/ unsplash

Warum sind Antifeminismus und Demokratie Themen für den DF?

Antifeminismus ist eine reale Bedrohung für die Demokratie: Er greift Gleichstellungsfortschritte an, diffamiert feministische Stimmen und gefährdet besonders Frauen sowie mehrfach diskriminierte Personen in Politik und Zivilgesellschaft. Antigleichstellungspolitik ist zudem zentraler Bestandteil rechtsextremer Ideologien. Langfristig schaden antidemokratische Entwicklungen der gesamten Gesellschaft – auch wirtschaftlich. Geschlechtergerechtigkeit ist daher auch als Grundvoraussetzung für eine lebendige, wehrhafte Demokratie zu verstehen.

Der Deutsche Frauenrat setzt sich dafür ein, demokratische Strukturen zu stärken, antifeministischen Strömungen entschieden entgegenzutreten und die Zivilgesellschaft zu mobilisieren. Gerade in Zeiten wachsender Unsicherheit und extrem rechter Angriffe gilt: Wir dürfen uns nicht entmutigen lassen – wir müssen uns vernetzen, sichtbar bleiben und gemeinsam handeln.

Was genau macht der Fachausschuss?

Der Fachausschuss will den Deutschen Frauenrat und seine Mitgliedsorganisationen im Einsatz gegen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Antifeminismus stärken. Aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahl haben wir unser ursprüngliches Ziel für 2025 – mehr Frauen zur Wahl demokratischer Parteien zu mobilisieren – angepasst. Stattdessen konzentrierten wir uns darauf, mittel- und langfristige Strategien zur Stärkung feministischer und demokratischer Zivilgesellschaft in intersektionaler Perspektive zu entwickeln. Leitfragen hierfür waren: Wo erleben unsere Mitgliedsorganisationen bereits antifeministische Bewegungen, mit welchen aktuellen Herausforderungen sehen sie sich konfrontiert? Auf dieser Grundlage erarbeitet der Fachausschuss einen Argumentationsleitfaden gegen antifeministische Narrative sowie konkrete Hilfestellungen für die Praxis der Mitgliedsorganisationen, die wir 2026 vorstellen werden.

Was muss die neue Bundesregierung dringend angehen?

- Antifeminismus muss als demokratiegefährdendes Phänomen offiziell anerkannt und in der politischen Bildungsarbeit, in Sicherheitsbehörden und im zivilgesellschaftlichen Engagement gezielt bekämpft werden.
- Gleichstellungspolitik muss als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe in allen Ministerien verankert und dauerhaft finanziell abgesichert werden – auf Absichtserklärungen im Koalitionsvertrag müssen Taten folgen.

- Frauen und marginalisierte Gruppen benötigen umfassenden Schutz vor digitaler und physischer Gewalt – insbesondere in politischen Ämtern, Medien und der Öffentlichkeit – durch klare gesetzliche Regelungen, niedrigschwellige Unterstützungsangebote und eine bessere Strafverfolgung.

Celeste Eden, Leiterin des Fachausschusses Demokratie verteidigen. Antifeminismus konsequent entgegentreten. Demokratische Wahlentscheidungen unterstützen.

Der Fachausschuss Demokratie

Carmen Colinas	Verband binationaler Familien und Partnerschaften e.V. (iaf)	Mitglied
Celeste Eden	Deutscher Frauenring e.V. (DFR)	Leitung
Katharina Kaluza	Geschäftsstelle Deutscher Frauenrat e.V.	Koordination
Ayten Kılıçarslan	Sozialverband muslimischer Frauen e.V. (smf)	Mitglied
Jutta Kuhles	Deutscher LandFrauenverband e.V. (DLV)	Mitglied
Joana Kulgemeyer	Arbeitsgemeinschaft katholische Frauenverbände und -gruppierungen e.V. (AG Kath)	Mitglied
Judith Rahner	Geschäftsstelle Deutscher Frauenrat e.V.	Koordination
Laura Rauschnick	Deutscher Gewerkschaftsbund – Frauen im DGB	Mitglied
Nina Reip	Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)	Mitglied
Loreen Schreck	Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken e.V.	Mitglied
Cécile Weidhofer	Bundesvereinigung Liberale Frauen	Mitglied

Eine Aufgabe für alle Politikbereiche

Geschlecht bei Gesundheit und Krankheit berücksichtigen: Für eine geschlechter- und diversitätskritische sowie barrierefreie Gesundheitsvorsorge und -versorgung ist seit letztem Jahr ein Schwerpunktthema im Deutschen Frauenrat (DF). Für Vorstandsmitglied Dr. Regine Rapp-Engels ist klar: Gesundheit ist ein Querschnittsthema. Hier gibt die Verantwortliche für das Schwerpunktthema Einblick in die Fachausschussarbeit:

© Lavi Perchik/ unsplash

Warum ist Gesundheit Thema für den DF?

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Sie wird von körperlichen, seelischen und sozialen Faktoren beeinflusst – und ist eine Aufgabe für alle Politikbereiche. Damit alle Menschen in guter Gesundheit aufwachsen und leben können, ist eine geschlechtssensible, diversitätskritische und barrierefreie Gesundheitsversorgung unerlässlich – eine Versorgung, die Intersektionalität mitdenkt und berücksichtigt. Hierfür setzt sich der Deutsche Frauenrat als starke Stimme ein.

Was genau macht der Fachausschuss?

Im ersten Jahr seiner Arbeit hat der Fachausschuss aus interdisziplinärer Perspektive die zentralen Themenfelder zur Bearbeitung des Schwerpunktthemas identifiziert: Was heißt geschlechtssensibel und diversitätskritisch? Wo und für wen gibt es Barrieren im Gesundheitswesen? Wie lässt sich Gesundheitsversorgung intersektional gestalten? Um entsprechende Forderungen in die politische Arbeit einzubringen, haben die Mitgliedsorganisationen der Fachausschuss-Mitglieder Sachanträge zur Mitgliederversammlung eingereicht. Außerdem erarbeiten wir eine Publikation, die einen Überblick darüber geben soll, welche Elemente für eine geschlechtssensible, diversitätskritische und barrierefreie Gesundheitsversorgung notwendig und wichtig sind.

Was muss die neue Bundesregierung dringend angehen?

- Eine gleichstellungspolitische Gesamtstrategie! Sie kommt auch der Gesundheit von Frauen zugute. So korrelieren z.B. Diskriminierung, Gewalterfahrungen oder Armut mit schlechter Gesundheit.
- Die Gesundheitsversorgung muss für alle zugänglich und insbesondere geschlechtssensibel, diversitätskritisch und barrierefrei aufgestellt sein.
- Die Gesundheitsforschung muss durchgängig die Kategorie Geschlecht berücksichtigen. Alte geschlechtsblinde Studien (an jungen weißen Männern) müssen hinterfragt, adjustiert oder neu aufgelegt werden. Das Training von Künstlicher Intelligenz darf nur mit solchen Daten erfolgen, da der bestehende Gender-Data-Gap ansonsten zu Verzerrungen und Fehlbehandlungen führen kann

Dr. Regine Rapp-Engels, Leiterin des Fachausschusses Geschlecht bei Gesundheit und Krankheit berücksichtigen (© Michael C. Möller)

Der Fachausschuss Gesundheit

Ulrike Geppert-Orthofer	Deutscher Hebammenverband e.V. (DHV)	Mitglied
Daniela Hottenbacher	Arbeitsgemeinschaft katholische Frauenverbände und -gruppierungen e.V. (AG Kath)	Mitglied
Awa Naghipour	Deutscher Ärztinnenbund e.V.	Mitglied

Irene Pabst	Evangelische Frauen in Deutschland e.V. (EFiD)	Mitglied
Yvonne Plöger	Bundesverband der Mütterzentren e.V.	Mitglied
Martina Puschke	Weibernetz e.V.	Mitglied
Dr. Regine Rapp-Engels	Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V. (AKF)	Leitung
Gabriele Stark-Angermeier	Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (DBSH)	Mitglied
Dr. Dagmar Steiner	Frauen Union der CDU Deutschlands e.V. (FU)	Mitglied
Juliane Zinke	Geschäftsstelle Deutscher Frauenrat e.V.	Koordination

Der Fachausschuss Gesundheit

FACHAUSSCHUSS GEWALT

Kein individuelles Problem

Seit 2023 bearbeitet ein Fachausschuss das Schwerpunktthema *Gewalt gegen Frauen beenden – Zugang für alle zu Schutz, Hilfe und Unterstützung* im Deutschen Frauenrat (DF). Sylvia Haller leitet das 8-köpfige Gremium und gibt Einblicke in die ehrenamtliche Fachausschussarbeit und Ausblick auf künftige politische Herausforderungen:

© Aliya Amangeldi/ unsplash

Warum ist Gewalt gegen Frauen Thema für den DF?

Das Thema Gewalt gegen Frauen ist auch im Deutschen Frauenrat ein wichtiges Thema, da nur ein gewaltfreies Leben die Teilhabe an allen anderen Bereichen des Lebens ermöglicht. Außerdem spielt sich geschlechtsspezifische Gewalt vor einem gesellschaftlichen Hintergrund ab: Gewalt gegen Frauen ist kein individuelles Problem einzelner Personen oder Familien, sondern immer auch ein gesamtgesellschaftliches. Die Vielfalt der im DF vertretenen Mitgliedsorganisationen eignet sich besonders gut, um ganzheitliche Lösungsansätze zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen zu entwickeln und auf den Weg zu bringen.

Was genau macht der Fachausschuss Gewalt?

Der Fachausschuss „Gewalt gegen Frauen beenden“ hat die Umsetzung des Gewalthilfegesetzes begleitet. Außerdem hat er Lücken in der Beschlusslage des DF identifiziert und mit Sachanträgen bei der letzten Mitgliederversammlung geschlossen. Der Fachausschuss achtete dabei auf eine intersektionale Perspektive und konsultierte dazu weitere Mitgliedsorganisationen. Insbesondere die Bedarfe mehrfach-diskriminierter Personengruppen fanden somit Eingang in die Beschlusslage.

Damit diese Arbeit stets am Puls der Zeit orientiert ist, bildete sich der Fachausschuss zum Gewalthilfegesetz fort und ließ sich zum Thema Prävention mit externer Begleitung sensibilisieren.

Was muss die neue Bundesregierung dringend angehen?

Die Verabschiedung des Gewalthilfegesetzes ist ein Meilenstein in der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, dennoch bleibt weiterhin viel zu tun. Die dringendsten Handlungsbedarfe in diesem Themenfeld und damit Aufträge an die neue Bundesregierung sind:

- Intersektionaler Ausbau der Gewaltschutzstrategie mit Fokus auf besonders gefährdete Gruppen sowie Prävention konsequent intersektional ausbauen
- Gewaltschutzkonforme Familienrechtsreform und verpflichtende Weiterbildungen zu Gewalt umsetzen
- Lücken im Gewaltschutz von Frauen mit Behinderungen, Migrantinnen und trans-, inter- und nicht binären Personen schließen

Sylvia Haller, Leiterin des Fachausschusses Gewalt gegen Frauen beenden (© Giulia Vitali)

Der Fachausschuss Gewalt

Ursula Braunewell	Deutscher LandFrauenverband e.V. (dlv)	Mitglied
Katrin Bülthoff	Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV)	Mitglied
Dr. Ayse Cetinkaya	Die Chirurginnen e.V.	Mitglied
Sylvia Haller	Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser (ZIF)	Leitung

Dr. Sabine Müller	Business and Professional Women (BPW) Germany e.V.	Mitglied
Monika Remé	Geschäftsstelle Deutscher Frauenrat e.V.	Koordination
Heike Roß-Ritterbusch	Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD)	Mitglied
Mechthild Schramme-Haack	Soroptimist International Deutschland e.V. (SID)	Mitglied
Ceyda Tutan	Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V.	Mitglied
Angelika Weigt-Blätgen	Evangelische Frauen in Deutschland e.V. (EFiD)	Expertin

Der Fachausschuss Gewalt

ZAHLEN & FAKTEN

Fehlende Repräsentanz und Teilhabe in der Politik im Jahr 2025

204

von 630 Bundestagsabgeordneten sind Frauen

8

von 18 Mitgliedern im Kabinett sind Frauen

2

von 16 Ministerpräsident*innen sind Frauen

73

von 630 Bundestagsabgeordneten haben eine Migrationsgeschichte

VERBANDSENTWICKLUNG

Ehrenamtliche Expertinnen im Einsatz

Der ehrenamtliche Vorstand des DF auf der Mitgliederversammlung 2024: Anja Weusthoff (stv. Vorsitzende), Dr. Beate von Miquel (Vorsitzende), Claudia Altwasser (stv. Vorsitzende), Sylvia Haller (Verantwortliche für das Schwerpunktthema Gewalt beenden), Susanne Maier (Verantwortliche für europäische und internationale Gleichstellungspolitik), Elke Ferner (Verantwortliche für Strukturen der Nationalen Gleichstellungspolitik) und Dr. Regine Rapp-Engels (Verantwortliche für das Schwerpunktthema Gesundheit). Nicht auf dem Foto: Celeste Eden (Verantwortliche für das Schwerpunktthema Demokratie). © H. Scherm

Zentraler Schwerpunkt der Arbeit des ehrenamtlichen Vorstands war im letzten Jahr die Begleitung der Bundestagswahl und der Koalitionsverhandlungen. Von der Erstellung der DF-Wahlforderungen, über die Lobbyarbeit zu den Wahlprogrammen und Koalitionsverhandlungen prägten die Vorstandsfrauen die politische Ausrichtung des Verbandes im Tagesgeschehen. Der geschäftsführende Vorstand hatte zudem die erfreuliche Aufgabe, eine neue Geschäftsführung im Amt zu begleiten. Um die politischen und organisatorischen Anforderungen zu meistern, trafen sich die Vorsitzende **Dr. Beate von Miquel** sowie die beiden Stellvertreterinnen **Anja Weusthoff** und **Claudia Altwasser** fast im wöchentlichen Rhythmus.

Neben politischen Lobbyterminen auf höchster Ebene, wie im Bundeskanzleramt, im Bundestag, in Bundesministerien oder beim Bundespräsidenten, suchten die ehrenamtlichen Vorstandsfrauen auch den Austausch zu Bürger*innen, so wie beim Demokratiefest zum 75. Grundgesetzgeburtstag, und pflegten den Kontakt mit wichtigen politischen Netzwerken, zivilgesellschaftlichen Partner*innen sowie den Mitgliedsorganisationen des DF.

Dr. Beate von Miquel, Claudia Altwasser und Yvonne de Andrés mit der ehemaligen Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen) auf dem Demokratiefest (© DF)

Claudia Altwasser mit Vertreterinnen von DF-Mitgliedsorganisationen auf dem Demokratiefest (© DF)

Bundeskanzler Olaf Scholz im Gespräch mit Dr. Beate von Miquel, Claudia Altwasser und Vertreterinnen zivilgesellschaftlicher Organisationen auf dem Demokratiefest. (© Bundesregierung/Sebastian Rau)

Auf EU-Ebene standen für die Verantwortliche für europäische und internationale Gleichstellungspolitik, **Susanne Maier**, nach den Wahlen zum Europäischen Parlament Vernetzungsarbeit in Brüssel und der Antritt der Europäischen Kommission im Fokus. In Anbetracht des antifeministischen Backlashs setzte sie sich dafür ein, dass die Belange von Frauen und Mädchen ganz oben auf die politische Agenda gesetzt werden und warb für eine paritätische Vertretung in der EU-Exekutive.

Susanne Maier ist Teil der deutschen Regierungsdelegation bei den regionalen UN-Konsultationen zur Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform in Genf (© DF)

Für die Verantwortliche für die Strukturen der nationalen Gleichstellungspolitik, **Elke Ferner**, lag ebenfalls ein Schwerpunkt auf der gleichen politischen Teilhabe für Frauen. Sie forderte im Zuge der Wahlrechtsreform eine Paritätsgesetzgebung sowie nach den Wahlen eine paritätische Besetzung der Ministerien ein. Rund um das 30. Jubiläum der Aktionsplattform von Peking und das 45. Jubiläum der Verabschiedung der UN-Frauenrechtskonvention CEDAW trugen Susanne Maier und Elke Ferner entscheidend zur Sichtbarkeit dieser zentralen gleichstellungspolitischen Meilensteine in Deutschland bei.

Elke Ferner präsentiert die Highlights der Jubiläumsfeier zu 45 Jahren UN-Frauenrechtskonvention. (© H. Scherm)

Ganz konkrete Einblicke in der Arbeit der Fachausschüsse zu den Schwerpunktthemen des DF: Demokratie, Gewalt gegen Frauen beenden und Gesundheit gibt es in den Interviews mit den Schwerpunktthemenverantwortlichen **Celeste Eden**, **Sylvia Haller** und **Dr. Regine Rapp-Engels,** die unter der Rubrik „Fachausschüsse und Schwerpunktthemen“ zu finden sind.

Neuer Aufbruch

Mit frischem Wind bringt sich der DF mit seiner vielfältigen Expertise in die aktuellen (frauen-)politischen, gesellschaftlichen und medialen Debatten ein – und findet als starke Stimme für Frauen deutlich Gehör, was in Zeiten wachsenden Drucks auf Frauenrechte umso wichtiger wird.

Das Team der Geschäftsstelle auf der Mitgliederversammlung 2024 (© H. Scherm)

Seit August 2024 leitet **Judith Rahner** die Geschäftsstelle des Deutschen Frauenrats (DF). Mit ihrer langjährigen Expertise zu Antifeminismus, Strategiebildung und resilienter Organisationsentwicklung stärkt sie die Arbeit des DF in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung. In kürzester Zeit arbeitete sie sich dank Unterstützung des Vorstands und der Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle schnell in die Strukturen des DF ein und ging direkt in den Dialog mit Mitgliedsorganisationen und politischen wie zivilgesellschaftlichen Akteur*innen.

Der DF-Vorstand begrüßt Judith Rahner auf der Mitgliederversammlung 2024 (© H. Scherm)

Das vorzeitige Ende der Ampelregierung stellte auch das Team der Geschäftsstelle vor unerwartete Herausforderungen, denn die für Sommer geplante Kampagne sowie Wahlforderungen zur Bundestagswahl mussten kurzerhand vorgezogen werden. Es gelang, eine erfolgreiche Wahlkampagne zur Bundestagswahl auf die Beine zu stellen, einen umfassenden Wahlcheck mit der Auswertung der Wahlprogramme der Parteien zu präsentieren und die DF-Forderungen prominent in der öffentlichen Debatte zu platzieren. Dies unterstreicht die Effektivität und Dynamik der Geschäftsstelle und ist Ausweis unserer wichtigen und wertvollen Arbeit. Erfolgsfaktor hierfür war und ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Geschäftsstelle.

Neben personellem Neustart stand auch ein räumlicher Neustart an. Aufgrund des Wachstums der Geschäftsstelle in den vergangenen Jahren war ein Umzug in größere Geschäftsräume unumgänglich geworden. Anfang 2025 hieß es dann endlich: Koffer packen und „auf zu neuen Ufern“ in den neuen Räumlichkeiten am Tempelhofer Ufer. Die Vorbereitungen des Umzugs sowie der Neueinzug konnten mit intensivem Einsatz der Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle erfolgreich gelingen. Nun sind auch die Koordinierungsstellen der Projekte Bündnis Sorgearbeit fair teilen und CEDAW-Allianz Deutschland unter einem Dach – ein deutliches Plus für die Zusammenarbeit und den kollegialen Austausch. **Gemeinsam heißt es nun: voller Einsatz für**

mehr Gleichstellung, für mehr Frauenrechte – jetzt erst recht!

Das Team der Geschäftsstelle in den neuen Räumlichkeiten am Tempelhofer Ufer (© DF)

Jahresbericht online ansehen
https://jahresbericht.frauenrat.de/2024/
Bildnachweise
https://jahresbericht.frauenrat.de/2024/bildnachweise-startseite

Impressum

Herausgeber
Deutscher Frauenrat e.V.
Axel-Springer-Str. 54a
10117 Berlin

Verantwortlich für den Inhalt
Dr. Beate von Miquel

Redaktion
Sibille Heine
Lena Tschech

Erscheinungsdatum
Mai 2025

Realisiert von Zeix AG (www.zeix.com/jahresbericht)